

Liebe Kollegin, lieber Kollege von der Post!
Solltest du diese Zeitung nicht zustellen können, sende sie bitte an den Absender zurück!

Wir FavoritnerInnen

Bezirksblatt der KPÖ-Favoriten
mit Simmering-Nachrichten

April 2015

Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1100 Wien
Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:
Eigentümerin, Verlegerin: KPÖ-Wien
1140 Wien, Drechslergasse 42

Braucht Favoriten eine „kleine“ Mariahilfer Straße?

Die Favoritenstraße zwischen Reumannplatz und Verteilerkreis wirkt heute wie ausgestorben. Auslagenscheiben sind zerbrochen, Fenster verschmutzt, Gehwege sind nicht passierbar. „Mondlandschaftlich“ sei das, sagt Dominik Gries, Sprecher der Wiener Linien: „So wie damals bei der Mariahilfer Straße, die war auch eine Mondlandschaft.“ Damit spielt Gries auf die 1990er-Jahre an, als Wiens wichtigste Einkaufsstraße mit der U3 mit einem hochrangigen Verkehrsmittel erschlossen wurde. Mit der Eröffnung der U3-Verlängerung kam aber wieder Leben nach Mariahilf. Billig-Elektrogeschäfte und Ramschläden, die sich während der Bauarbeiten angesiedelt hatten, verschwanden, renommierte Geschäfte kamen.

Wird die Favoritenstraße dank U1-Verlängerung einen ähnlichen Boom erleben? Welche Pläne wälzt die Stadtplanung für die Zeit danach? Immerhin ist die Favoritenstraße das Herzstück eines Bezirks, der mit 186.000 Einwohnern bevölkerungsmäßig größer ist als die Stadt Salzburg.

Die Zukunft ist unsicher. Denn weder die Stadtplaner der MA18 noch die Wiener Linien haben eine Vision für die Favoritenstraße für die Zeit danach. Die Bezirksvorstehung plant derzeit nur Baumpflanzungen und breitere Gehsteige.

Ob mit solchen Vorstellungen das Leben in die Favoritenstraße zurückkehrt, ist mehr als unsicher. Fakt ist, dass derzeit auch die Fußgängerzone der Favoritenstraße vom „Geschäftsterben“ geprägt ist.

Derzeit machen die verschiedensten Visionen in den diversen Medien die Runde. Von Studentenwohnungen im Verteilerkreis bis hin zu riesigen Hochhauskomplexen zwischen dem Kreisverkehr mit Büros und noch vieles mehr. Doch eines brauchen wir sicherlich nicht in Favoriten: zusätzlichen Verkehr.

Die Gemeindeverwaltung mit Verkehrsstadträtin an der Spitze sollte Pläne vorlegen, wie sie sich die Zukunft Favoritens vorstellt.



Bereits 160.000 Menschen sind in Wien auf Mindestsicherung angewiesen

Die Zahl jener Menschen, die nur dank Mindestsicherung (früher Sozialhilfe) mehr schlecht als recht über die Runden kommen, nahm in Wien 2014 erneut zu. Haben 2010 (bei der System-Umstellung) rund 106.000 Personen in Wien Mindestsicherung erhalten, so waren es 2014 bereits 160.152 Wienerinnen und Wiener.

Auffallend dabei ist zweierlei: Bei 80 Prozent der Betroffenen handelt es sich um Alleinerzieherinnen. Und: Nur noch 8,7 Prozent aller Mindestsicherung-BezieherInnen erhalten die volle Finanzhilfe in der lächerlichen Höhe von 814 Euro (2014 - 12x pro Jahr). Das heißt, die Anzahl der "Working Poor" - die nur die Differenz auf 814 Euro ausbezahlt bekommen - hat erneut zugenommen.

Laut einer EU-Studie aus dem Jahr 2013 lag die Armutsgefährdungsschwelle bereits 2012 für einen Einpersonenhaushalt bei 1104 Euro pro Monat.

Susanne Empacher KPÖ-Bezirksrätin im 3. Bezirk und stellvertretende Landessprecherin der KPÖ-Wien: "Angesichts der Zahlen fordere ich die Stadtregierung auf, als ersten Schritt im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung eine sofortige Erhöhung der Mindestsicherung und deren 14malige Auszahlung umzusetzen."

Gesundheitsstadträtin Wehsely versucht sich in Opfer-Täter-Umkehr

Je nach Quelle demonstrierten tausend bis zweitausend ÄrztInnen in Wien gegen die Reduktion von Dienstposten im KAV und für Reformen im Gesundheitswesen, welche sowohl die Interessen der ÄrztInnen und des Gesundheitspersonals wie auch die Interessen der PatientInnen berücksichtigen.

SPÖ-Gesundheitsstadträtin Wehsely versuchte sich noch vor der Demonstration in einer Opfer-Täter-Umkehr und meinte, die Ärzte würden an der „Eskalationsschraube“ drehen, PatientInnen würden damit verunsichert. „Das ist eine Art und Weise, die durch nichts zu rechtfertigen ist“, so Wehsely, die den ÄrztInnen unterstellte, das Motto laute: „Hauptsache, es gibt Aufruhr.“

Didi Zach, Landessprecher der KPÖ-Wien: "Nicht die ÄrztInnen und die anderen im Gesundheitsbereich tätigen Menschen sind für die Probleme, die immer größer werden, verantwortlich, sondern die Stadtregierung."

Zach weiter: "Der Versuch der SPÖ die Situation schön zu reden, ist erbärmlich. Wehsely soll einfach mal erklären und vorrechnen, wie es möglich sein soll

die Versorgung auf dem jetzigen Niveau, welches ohnedies schon kaum erträglich ist, aufrecht zu erhalten, wenn die Arbeitszeit der ÄrztInnen aufgrund einer EU-Vorgabe massiv gekürzt werden muss, wenn zugleich Personaleinsparungen von rund 10 % im KAV-Bereich geplant sind und wenn Wien zudem jährlich um 20.000 Menschen wächst. Und da rede ich jetzt noch gar nicht davon, dass es auch im Bereich der niedergelassenen Ärzte zu keiner Aufstockung kommen soll und dass auch im Bereich der PflegehelferInnen nicht an eine Personalaufstockung gedacht wird."

Steuerreform verfehlt Ziel einer Umverteilung: SPÖ und ÖVP sind und bleiben Schutzpatrone der Euro-Millionäre

Der Bundesvorstand der KPÖ analysiert die Steuerreformvorschläge der Regierung, um festzuhalten: "Die Schere zwischen den Armen und den Superreichen, die trotz angeblicher Krise weiter aufgeht, wird (mit dieser Reform) zementiert. Und Österreich bleibt weiterhin ein Steuerparadies für 82.000 Euro-MillionärInnen. Mit SPÖ und ÖVP als Schutzpatrone."

Gestern verkündete die Regierung die Resultate der lang debattierten Steuerreform. Kurzfristig bringt die nun verabschiedete Steuerreform, die die Regierung als großen Erfolg feiert, zwar eine finanzielle Entlastung für BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen, die auch wir nicht gering schätzen wollen. Wobei: die Entlastung wird aufgrund der "kalten Progression" (d.h. durch die Inflationsabgeltung von Löhnen und Gehältern rutscht man in eine neue Steuerstufe) rasch verpuffen.

Und einen Teil der Entlastung zahlen sich die Menschen aufgrund der Erhöhung der ermäßigten Mehrwertsteuer und anderer Maßnahmen ohnedies selbst. Und mittel- und langfristig, dies muss klipp und klar gesagt werden, gehören aber 90 Prozent der ÖsterreicherInnen zu den Verlierern, da sich an der unglaublichen Schieflage in der Vermögensverteilung nicht das geringste ändern wird.

Zusammen mit dem Fehlen von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungsteuer (inklusive großzügiger Freigrenzen für die Besitzer kleiner Eigenheime, wie auch vom ÖGB gefordert) wird damit ein klarer Auftrag der 900.000 UnterstützerInnen der ÖGB-Unterschriftenaktion total negiert.

Die politischen Schlussfolgerungen sind daher klar: Ohne entschiedenen Kampf gegen die herrschende Politik wird sich an der Vermögenskonzentration bei einigen wenigen Austro-OligarchInnen nichts ändern. Zudem möchten wir der ÖGB-Spitze kundtun: Es ist zu wenig, wenn sich der ÖGB nur für mehr "Netto vom Brutto" einsetzt. Notwendig ist eine aktive und kämpferische Lohnpolitik, bei welcher höhere Bruttolöhne Realität werden.

Grüne Parteiführung hält an zartrosa-blassgrüner Koalition fest

Zwar bekundet die Parteiführung der Wiener Grünen öffentlich ihre Empörung über das jüngste Verhalten des Koalitionspartners, aufkündigen will Vizebürgermeisterin Vassilakou die Koalition mit der SPÖ aber trotzdem nicht.

Die Begründung: man habe Sorge, „dass dieser Neuerungskurs, den die Grünen in die Stadt gebracht haben, zum Stillstand“ kommen würde.

Vassilakou hofft sogar auf Rot-Grün II nach der Wien-Wahl am 11. Oktober, und zwar „mit gestärkten Grünen“, damit die Grünen weiter an „einem ökologischen, an einem gerechten Wien“ arbeiten könnten. Denn: „Der Fehler von Rot-Grün I“ sei „zu viel Rot“ gewesen. Und Veränderung, so einmal mehr die Behauptung, sei nur durch Beteiligung an der Stadtregierung möglich.

Dass die Grünen bei Koalitionsverhandlungen nach dem 11. Oktober – selbst wenn es Zugewinne geben sollte – eine schlechtere Ausgangsposition vorfinden als 2010, lässt Vassilakou natürlich unerwähnt. Und ebenso bleibt unerwähnt, dass es keinen Grund gibt anzunehmen, dass die Wiener SPÖ in wichtigen Fragen substanzielle Zugeständnisse machen wird.

Gerne liste ich für Menschen, die immer noch den Versprechungen grüner Spitzenfunktionäre Glauben schenken, einige Punkte auf, die deren Prinzipienfestigkeit dokumentieren.

Als erstes stellt sich mir die Frage, wo war der grüne Widerstand gegen die zahlreichen Gebührenerhöhun-

gen und wo das Veto gegen das Valorisierungsgesetz, welches einst kategorisch abgelehnt wurde?

Wo war der grüne Widerstand gegen die Erhöhung der Öffi-Tarife? Ein Einzelfahrschein wurde auch unter rot-grün um rund 22 Prozent teurer.

Wo war das grüne Engagement für eine deutliche Erhöhung der bedarfsorientierten Mindestsicherung?

Wo war das grüne Engagement für „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ für alle fast 70.000 bei der Gemeinde beschäftigten Menschen?

Wo haben die Wiener Grünen sich dagegen stark gemacht, dass bei der Neuvermietung von Gemeindefamilienwohnungen nicht der Richtwertmietzins zur Anwendung kommt? Warum haben die Grünen eine Nächtigungsgebühr von 2 Euro für obdachlose Menschen als großen Erfolg verkauft, wo doch einst diese Nächtigungsgebühr strikt abgelehnt wurde? Und warum haben die Grünen von Anfang an erklärt, dass die Öffnung der Gemeindefamilienwohnungen für Nicht-Staatsbürger ein Nebenschauplatz sei?

Letztes Beispiel: Die Grünen haben vor ein paar Tagen der umstrittenen Stadtstraße in der Donaustadt, die einst wortreich abgelehnt wurde, zugestimmt. Und es ist vorhersehbar, dass die Grünen entweder auch der von der SPÖ und allen anderen Rathausparteien gewünschten Lobauautobahn zustimmen werden oder aber eine allfällige zartrosa-blassgrüne Koalition spätestens an dieser Frage scheitern wird.

Didi Zach (Kandidat von Wien anders)

Tlapa: Ein Modehaus muss sich ändern

Einst war das Modehaus Tlapa auf der Favoritenstraße eine Wiener Institution, nun steht es vor einem radikalen Wandel – vom Kleiderhaus zum Outlet-Center.

Es gab eine Zeit, da war es fast schon selbstverständlich, zum Tlapa zu fahren, wenn man einen Anzug brauchte. Nicht nur aus Wien, auch aus Niederösterreich und dem Burgenland machte man sich auf zur Favoritenstraße.

Wie es weitergehen wird, das ist noch nicht wirklich klar. Fest steht bis jetzt nur, dass 61 der 100 Mitarbeiter beim AMS zur Kündigung vorgemerkt sind und im Mai gehen müssen. Und dass es Pläne gibt, das Modehaus zum Outlet-Center umzubauen. „Wir müssen uns verjüngen“, ließ Eigentümer und Geschäftsführer Carlo Vitaly medial verlautbaren. Noch dazu setzen die Mitbewerber vermehrt auf jüngere Mitarbeiter, die deutlich billiger sind.

Nicht die Strategie des Unternehmens war der heutigen nicht angepasst, nein die Mitarbeiter seien Schuld, dass sie einen gerechten Lohn für ihre Arbeit bekommen.

Das ist nicht nur heute die Unternehmerphilosophie, sondern die kennen wir seit jeher. Der Arbeiter ist schuld, wenn der Kapitalist pleite macht.



Nachrichten aus dem Beisl

„Wo da Pepi so lang bleibt“, fragt Franz und mischt noch einmal die Tarockkarten. „Der is heit amal ausnahmsweis für si söwa unterwegs“, sagt Bertl, „er hat ewig lang auf an Termin im Zahnambulatorium gwart, sei Beisserl passt nimma richtig und er wü schau, obs erm da höffen kennan, des neich aupassn, ohne dass er an Haufn Göd dafüa zahlt“.

„Na, vielleicht hot a Glück und des geht“, sagt Michi, „oba a Wunda, dass er überhaupt an Termin kriagt hot, bei de Ärzte krochts und grammelts eh fürchterlich, seits normale Dienstzeiten machen solln hamma eh zwenig Ärzte und ewig launge Wartezeiten auf Operationen und Ordinationsbesuche.“

„Dabei hats imma ghaßn, mia haum a Ärzteschwemme“, lacht Franz, „owa jetzt gibts kane.“

„De hurchn ja olle nimma auf de Leit, brauchst da nua auschaun wia’s uns des TTIP audrahn wolln, dass ma des Ami-Genfleisch und de Chlorhendln hawan solln. De wissn do genau, was des für Auswirkungen auf unser Land hat, auf de Wirtschaft, de Arbeitsplätze, de Konsumenten und ned zuletzt auf die Umwelt“, meint Bertl.

„Jo, de Regierung is jo dafür, daß de Multis und Konzerne unsa Lebn bestimmen solln, die Menschen in Österreich san owa zu 90% dagegn“, sagt Franz, „übrigens ham scho mer als 100 Gemeinden in Österreich beschlossn TTIP-frei zu sein. Da siecht ma scho, den Großkopferten kumman sche langsam die Wähler abhanden, a waun jetzt no fü in de falsche Richtung, de blaue, gengan.“

„Herst“, meint Bertl, „da gibts jo jetzt wirklich a ernsthafte Wahlallianz Wien anders, de se aus Europa anders, de an guadn Erfolg ghabt hot, entwickelt hot. 4% habens bei der Europawahl in Wien ghabt. De kriagn sicher des 1% no dazu fürn Gemeinderat, auf jeden Fall sans in an Haufn Bezirke drinnen, und do is jo die Basis. Die Tür öffnet sich und Kurtl kommt herein.“

„Servus Eva, gib ma bitte a Krügl Bier, aber sehr heikel.“ Eva stellt ihm das Bier hin. „Franz, du hast jo eh scho amal kandidiert, da ham die eh die meisten Leit aus'n Beisl gwählt. Mit meiner Stimm kannst rechnen, wannst vorn drauf stehst auf de vordern Plätz, wäu mei Stimm soll ned verlorn gehn“, sagt Eva.

„I bin eh scho gfragt wurn“, meint Franz, „aber wenn, nur als Unabhängiger und Parteiloser, wäu mit alln bin i ned einverstanden. Schee wars, an lustigen Wahlkampf zu haum, und es daun augeh

für a bessere Politik, a scheneres Wien.“

„I frog eich a“, sagt Kurtl, „eich fehlt jo scho wieda da Vierte, wia so oft“. Pepi kommt eilends ins Lokal. „Tuat ma lad, i bin aufgeholt worden. Mi haum a paar Kollegen angredt wegen der Hypo. Da Finanzminister wü jo endlich nix mehr zahln. Des hätten schon die vorigen Minister machen solln. Jetzt wü a von de Gläubiger an Schuldenschnitt, wias a de Griechen wolln.“

„Jo oba de Griechen haum von de Milliarden nix gsehn, de da umanaund jongliert werdn. Dena haums auf Kredit U-Boote gliefert und de Milliarden san gleich an de deitschn Banken gaungan“, erbot sich Bertl.

„Quod licet jovi non licet bovi (Was dem Herrn erlaubt is, güt ned fian Knecht)“, sagt Pepi. „Leider host recht“, sagt Franz, „jetzt heb o.“ Und endlich beginnt das Kartenspiel.



Treffpunkt:

Kreuzung Fußgängerzone Favoritenstraße/Quellenstraße

Um 8:30, Abmarsch Richtung Matzleinsdorferplatz, dort gemeinsam mit der Bezirksorganisation Margareten zum allgemeinen Treffpunkt beim Albertina/Hrdlicka-Denkmal.

Demonstration über dem Ring zum Parlament. Abschlusskundgebung.

1.Mai Feier im Bezirkslokal ab 15 Uhr: Programm: Spottgedichte von Helmut Zenker, Lieder von und mit Ernst Toman.

Buffet und gemütliches Beisammensein.